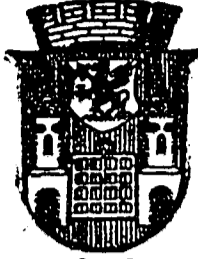


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Feinsprecher Nr. 42

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbeleger Bestellschuld befonders.



Postcheckkonto Berlin 39142

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher arbeiten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 71

Freitag, den 22. März 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Der preussische Ministerpräsident Brauns ist an einer Gichtkrose erkrankt.
Beim Reichsbahnzentralamt in Berlin ist ein großer Bestechungsandal aufgedeckt worden.
Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat erneut erklärt, daß er nicht mehr kandidieren will.
Einem Dorfbrand in dem mecklenburgischen Dorf Klein-Krams bei Ludwigslust fielen ein Menschenleben, 13 Schafe und viel Vieh zum Opfer.
Ein Brand in den Kabinen der Berlin-Oberschöne-Weide vernichtete die gesamte Tischlerei und ein großes Decklager bis auf die Grundmauern.
Im Dostal stürzte ein mit acht Personen besetztes Auto einen Berghang hinunter. Zwei Insassen wurden getötet, unter ihnen der bekannte Zirkler Sportsmann und ehemalige Inhaber der deutschen Bobmeisterschaft Dr. Julius von Moro.
Durch eine Lawine wurden in den Hohen Tauern 13 Wiener Skifahrer verschüttet. 12 Leichen konnten bisher geborgen werden.

Ein Bestechungsandal bei der Eisenbahn.

Unregelmäßigkeiten beim Reichsbahnzentralamt. — Schwere Beschuldigungen gegen einen Oberbaurat.
Beim Reichsbahnzentralamt in Berlin, dem die Beschaffung des gesamten für die Reichsbahn benötigten Materials untersteht, ist ein Bestechungsandal aufgedeckt worden, der noch große Kreise zu ziehen scheint. Die Staatsanwaltschaft hat mit der Untersuchung der Angelegenheit ein Sonderdezernat beauftragt. Wie verlautet, hat ein höherer Beamter des Zentralamts von einem Unternehmen für die Erteilung von Aufträgen Gelder in außerordentlicher Höhe erhalten. Wie wir erfahren, handelt es sich um den Oberbaurat Erich Schulz, der von der Kölner Firma Hans Meijert u. Co. nach und nach etwa 100 000 Mark erhalten hat!

Die ersten Gerüchte über Unregelmäßigkeiten im Reichsbahnzentralamt liefen bereits im März vorigen Jahres um. Der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft setzte darauf einen Ausschuss ein, der prüfen sollte, ob

die Kontrolle des tausendköpfigen Personals des Reichsbahnzentralamtes ausreichend war. Dem Ausschuss gehörten nicht nur Mitglieder der Reichsbahn-Gesellschaft an, in ihm waren vielmehr auch Wirtschaftsvertreter und Reichsparlamentarier (Saemisch) vertreten. Ende vorigen Jahres wurde dann in Wirtschaftskreisen behauptet, daß bei der Vergabe von Aufträgen durch das Reichsbahnzentralamt eine Kölner Firma in unfauliger Weise bevorzugt werde, obwohl die Preisangebote dieser Firma höher waren, als die anderer Werke. Der Untersuchungsanspruch den Gerüchten nach und stellte fest, daß bei der Kölner Firma Meijert u. Co. Summen im Betrage von Zehntausenden von Reichsmark an den Oberbaurat im Reichsbahnzentralamt Schulz gezahlt und teilweise geschickt verschleiert worden waren. Daraufhin übergab die Reichsbahn-Hauptverwaltung ihr Material der Staatsanwaltschaft und erstattete Anzeige.

Im weiteren Verlaufe der Angelegenheit beschlag nahmete der Leiter des Sonderdezernats, Staatsanwalt Johann Dr. Hermann die Klaffenbücher der Firma Meijert u. Co. in Köln. Wie noch ergänzend mitgeteilt wird, stammen die geschäftlichen Beziehungen zwischen der Firma Meijert und Oberbaurat Schulz schon aus dem Jahre 1924. Schulz war damals als Konstrukteur beim Eisenbahnzentralamt tätig und in der Abteilung für Waggonbau beschäftigt. Direkte Lieferungs-aufträge konnte er nicht erteilen, wurde aber immer als Sachverständiger herangezogen. Es gelang ihm,

eine Erfindung

zu machen, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Achslagerschalen zur Folge hatte, und er versuchte, diese Erfindung durch Vermittlung der Firma Meijert u. Co. zu verkaufen. Obwohl Schulz verpflichtet war, seiner Schöpfung von der Erfindung Mitteilung zu machen, unterließ er es und nahm ein Patent, wobei er natürlich seinen Titel nicht angab. Im November 1924 schloß er darauf einen

Vertrag mit der Firma Meijert, der ihm für alle Anläufe der von ihm erfundenen Achslagerschalen durch das Eisenbahn-Zentralamt eine Provision von 5 Prozent zusicherte. Als Konstrukteur in der Waggonbau-Abteilung stand ihm in seiner amtlichen Eigenschaft die Entscheidung darüber zu, welche Einzelteile beim Bau neuer Waggonen zu ver-

wenden wären. In weitem Umfange wurden nun die Angebote der Firma Meijert berücksichtigt.

Im vorigen Herbst wurde über die Firma Meijert u. Co. in Köln der Konkurs verhängt. Es gelang ihr aber, sich zu sanieren, weil sie sich auf den Lizenzvertrag mit dem Erfinder Schulz stützte und darauf hinwies, daß das Unternehmen in Zukunft bei Vergabe von Aufträgen durch das Eisenbahn-Zentralamt in noch weit umfangreicherem Maße als bisher berücksichtigt werden würde. Ein Teil der Gelder soll von einem Angestellten, der auf irgendeine Weise von den Dingen Kenntnis erhalten hatte, unterschlagen worden sein.

Die Umschuldungs-Hilfe.

Lebhafte Auseinandersetzungen im Landtag. — Annahme der Ausschlußbeschlüsse zur Verringerung der Notlage.

— Berlin, den 22. März 1928.

Das Haus wendet sich der Beratung eines Umschuldungs-trages zu, der zur Behebung der landwirtschaftlichen Not eine Fassung vorschlägt, wonach das Staatsministerium im Benehmen mit der Reichsregierung eine allgemeine Umschuldung des landwirtschaftlichen Kredites mit dem Ziel durchzuführen hat, daß größere Personalschulden (insbes. in Real-schulden zu extrahierendem Zinsfuß umgewandelt werden. Zuerst soll für die Umschuldung vorbildlicher Betriebe, z. B. Saargutwirtschaften gesorgt werden. Als zur Durchführung einer allgemeinen Umschuldung sind laufende Wechsel nach Möglichkeit zu stutzen.

Abg. Mühlberg (Dnt.) weist unter lebhaften Gegenand-geburgen der Linken darauf hin, daß die Erregung in der Landwirtschaft nicht etwa noch künstlich vom Landbund ge-zeitigt werde. Allerdings sei die Landwirtschaft von heute auf morgen nicht zu retten. Vor allem müsse die Handels-politik geändert werden. Preußen müsse mehr für die Land-wirtschaft tun.

Abg. Peters (Soz.) erklärt, es handle sich hier um eine Wahlfrage der Reichslandbauverbände. (Zuh. großer Beif.) Sollte sich eine andere Berufsschicht solche Aufreizungen und Gewalttaten erlauben, würde die Staatsanwaltschaft längst eingegriffen haben. Die Vorwürfe gegen den preussischen Landwirtschaftsminister seien ungerichtet. Keine Re-gierung habe jemals für die Landwirtschaft getan, wie die preussische. (Widerpruch rechts und hitzerische Gegenand-gebungen links.)

Abg. Jacoby-Raffans (Str.) erklärt, die Leistungen Preu-ßens für die kolkende Landwirtschaft müßten anerkannt werden. Abg. Held (D. Fr.) betont, es sei kurzfristig, wenn ein Stand glaube, allein in Not zu sein. Das Preußen nichts für die Landwirtschaft getan habe, könne man auch nicht sagen. Abg. Kellermann (Kom.) spricht von einem „Theater im Landtag“ und wird gerügt. Abg. Hoff (Dnt.) erklärt, die Not der Landwirtschaft bilde einen Teil der Not der gesamten Wirtschaft. Die denationalistische Agitation laufe auf Agrarbolkschwärmus hinaus. Schuld an den heutigen Zuständen sei die Politik der Rechtsparteien und der Wirt-schaftspartei. Abg. Fleiter (D. Fr.) fordert vor allem für die Landwirtschaft eine Steuererleichterung nach dem dreijährigen Durchschnit.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Schluß der Aus-sprache, der mit den Stimmen der Regierungsparteien an-genommen wird, hebt auf der rechten lebhaften Fühl-Rufe hervor. Die Ausschlußbeschlüsse werden mit den Stimmen der Regierungsparteien bestätigt, abgelehnt wird gegen die Rechtsparteien der Antrag, die Einkommensteuer nach drei-jährigem Durchschnitt zu veranlagern und die Grundvermö-genssteuer für die Landwirtschaft sofort aufzuheben.

Es folgt die Beratung des Entwurfes einer neuen Ge-schäftsordnung für den Landtag.
Nach ausgedehnter Debatte vertagte das Haus die Wei-terberatung zur Geschäftsordnung auf Montag.

Die Ursachen unseres Zusammenbruchs.

Der Bericht des vierten Unterausschusses vor dem Reichstag.

— Berlin, den 22. März 1928.

Der Reichstag nimmt in seiner heutigen Sitzung zur-nächst dem Gesetz über den Gebietsaustausch zwischen Sach-sen und Thüringen in allen drei Lesungen zu. Ebenso wird das deutsch-spanische Luftverkehrsabkommen verabschiedet. Die deutsch-französische Vereinbarung über den Warenan-satz mit dem Saargebiet wird in zweiter und dritter Les-ung angenommen. In der vorausgegangenen Debatte prä-destiniert der Reichstag gegen die Behandlung des Saargebiets durch den Verfaller Vertrag.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Str.) bedauerte, daß das Saargebiet französischer Landwirtschaft ausgeliefert ist und betonte, der Reichstag erwidere den Gruß der Saarbevölke-rung mit dem Ruf: Deutsch an der Saar auf immerdar!
Der Reichstag stimmt dann verschiedenen kleineren Vor-lagen zu, so dem deutsch-polnischen Wanderarbeitervertrag und dem deutsch-litauischen Handelsvertrag, und nimmt dann einen von dem Abg. Dr. Philipp (Dnt.) erarbeiteten Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über

die Ursachen des inneren Zusammenbruchs im Weltkrieg entgegen.

Nedner erklärt, der vierte Unterausschuss habe sich in 14 Sitzungen eingehend mit dem Problem befaßt. Den Kern-punkt der Verhandlungen habe immer wieder die Frage ge-bildet, ob die Revolution gemacht wurde oder ob sie loszujagen von selbst gekommen sei. Die Ausschussmitglie-der wüßten in der Beantwortung dieser Frage erheblich von einander ab.

Der Berichterstatter wies weiter darauf hin, daß viele Fälle der Ausschussentscheidungen den Stempel des Kompro-misses tragen. Bei der

Beurteilung der Friedensresolution des Reichstags habe sich die Frage erhoben, ob die Regierung den Ebe-nen-Ausschuss in die ganze mit dem Friedensschritt des Papstes zusammenhängende Politik loyal hätte Einblick nehmen lassen oder nicht. Sowohl der Entschalter Dr. Bredt wie ein Teil der Ausschussmitglieder waren in dieser Hinsicht zu einer negativen, den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis mit dem Vorwurf der Zweideutigkeit belastenden Auffassung gelangt. Ueber die entscheidende Frage, ob der Reichstag im Laufe des Krieges zuviel oder zu wenig Einfluß auf die Führung der Politik genommen hat, konnte der Ausschuss zu einer übereinstimmenden Ansicht nicht gelangen. Abschließend hat der Ausschuss festgestellt, daß die Schuld am Zusammen-bruch nur im wechselseitigen Zusammenwirken zahlreicher Ursachen gefunden werden kann.

Der Reichstag stimmte der Ausschussentscheidung ohne Aussprache zu.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern.

Der Ausschuss legt dazu eine ganze Reihe von Entschlie-ßungen vor. Eine Entschliebung fordert, daß die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden an Verantwor-tungen, bei denen Klagen schuld verwendet wird, nur dann in ihrer amtlichen Eigenschaft teilnehmen, wenn die Reichs-farben an hervorragender Stelle gezeigt werden. — Eine weitere Entschliebung verlangt einen Gehaltentwurf, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeiten die deut-sche Reichsangehörigkeit setzt.

Nächste Sitzung morgen: Weiterberatung des Innen-staats.

Politische Rundschau.

Der Vorstand der Demokratischen Partei hat an General v. Deimling zum 75. Geburtstag ein Glückwunsch-telegramm gesandt.

Der im Zusammenhang mit den Witing-Hausjuden-ungen in Magdeburg verhaftete Harald Waackinger ist aus der Haft entlassen worden.

Wirths Kandidatur in Baden abgelehnt. Der Landesauschuss des badischen Zentrums beschloß in Freiburg, von einer Wiederaufstellung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth für die Reichstagswahlen abzusehen. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Wirths Fähigkeiten wieder einmal dem Parlament nutzbar gemacht werden könnten. Als Spitzenkandidat für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag wurde Reichsfinanzminister Dr. Brücker aufgestellt; an zweiter, dritter und vierter Stelle stehen die Ab-geordneten Diez, Erping und Jöhr.

Kongress politischer Bildungsanstalten.

Bei der in Berlin abgehaltenen Begrüßungsfeier aus Anlaß der Eröffnung der Ersten Internationalen Konferenz der politischen Bildungsanstalten begrüßte namens der Deutschen Hochschule für Politik Prof. Dr. Jäch die zahlreich erschienenen Gäste. Er er-klärte, dieser Berliner Kongress sei nicht nur die erste deutsche Veranstaltung des Völkerverbunds-Instituts für geistige Zusammenarbeit, sondern auch der allererste seiner Art in der europäischen Geschichte.

Dr. Bänder über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern.

Berlin, 23. März. Als Abschluß ihrer dies-jährigen Tagung hatten die Handels- und Industriebe-räte der Zentrumspartei zu einem Vertragsabend ge-laden. Das Referat hatte Staatssekretär Dr. Bänder übernommen, der in seinem Vortrag das Verhältnis zwischen Reich und Ländern einer eingehenden Prüfung unterzog

Ausland.

Der endgültige Wortlaut der neuen Eisenbahnver-kehrsordnung für Deutschland und Deutsch-Oesterreich ist demnächst in Berlin festgelegt werden.

Der durch den Tod des Großindustriellen Heinrich verwaiste Vorsitz im deutsch-französischen Verständigungs-komitee wird abwechselnd von einem deutschen und franzö-sischen Politiker geführt.